

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

„Gewonnen hat in Berlin die Vernunft“

Ober die Berliner Passierschein-Aktion schreibt in der Wochenendausgabe des *Zürcher Tages-Anzeiger* (vom 11. 1. 1964) Chefredakteur Dr. *August E. Hohler*, der jahrelang Bonner Korrespondent dieses großen demokratischen Blattes war, in einer Betrachtung unter dem Titel „Immerhin ein Anfang“ u. a.:

„Der Beweis ist nun erbracht, daß es jenseits der sterilen Parole ‚Alles oder nichts‘, jenseits von absoluten (das heißt unerfüllbaren) Forderungen die Möglichkeit der praktischen kleinen Schritte gibt, welche zur Entschärfung der Situation, zur allmählichen Annäherung führen können — in Berlin, und natürlich nicht nur dort. Gewiß, auf dem neuen Weg fehlt es nicht an Hindernissen und Fallstricken, aber der alte hat sich längst als Sackgasse erwiesen (und es ist dem Westen nicht verboten, den Osten bei künftigen Verhandlungen an politischem Scharfsinn zu übertreffen). Gewonnen hat in Berlin die Ver-

nunft; wenn weiter auf sie gehört wird — freilich nur dann —, darf man zuversichtlich sein.“

Mit den Möglichkeiten, innerhalb ganz Deutschlands die Freiheit des Reiseverkehrs wiederherzustellen, befaßt sich *Sebastian Haffner* im *Stern* (Nr. 1/1964) in Ausführungen, die viel Widerspruch finden dürften, aber möglichst unvoreingenommen bedacht werden sollten:

„Wenn es mit der deutschen Ost-West-Wanderung so weitergegangen wäre wie in den fünfziger Jahren, dann hätte im Jahre 2000 die deutsche Volks- und Siedlungsgrenze nicht mehr an der Oder und Neiße gelegen, sondern an der Elbe und Werra. Das ganze deutsche Volk hätte sich dann nach und nach auf dem überfüllten Gebiet der heutigen Bundesrepublik zusammengedrängt. In Rostock und Magdeburg, in Weimar und Jena und Leipzig und Dresden, und schließlich auch in Berlin hätten dann im Jahre 2000 vielleicht Polen gewohnt, vielleicht Russen, vielleicht Chinesen; aber bestimmt keine Deutschen mehr.

Ein hoher Preis für eine ‚Abstimmung mit den Füßen‘ über Kapitalismus oder Sozialismus in Deutschland! Denn Regierungs- und Wirtschaftssysteme sind wandelbar; aber aufgegebener Boden bleibt verloren.

Wäre es nicht besser, wenn auch die Deutschen in der Bundesrepublik, und besonders ihre Politiker, die ja schließlich eine Verantwortung für ganz Deutschland tragen wollen, den Entschluß faßten, daß diese leichtfertige Gefährdung des verbliebenen deutschen Ostens aufhören muß, daß wenigstens das Land zwischen Elbe und Oder deutsch bleiben muß, unabhängig davon, ob dort nun eine Weile kapitalistisch oder sozialistisch gewirtschaftet wird?

Wenn sie sich zu diesem Entschluß durchringen, dann gibt es plötzlich ein großes gemeinsames Interesse für beide deutschen Regierungen. Wenn beide sich, als Ausgangspunkt, darüber einig sind, daß eine neue Massenabwanderung von Ost nach West auf jeden Fall verhindert werden muß, dann wird das Problem, wie man wieder normale Reise- und Besuchsmöglichkeiten in ganz Deutschland herstellen kann, lösbar. Es ist dann keine zu schwere Zumutung, diese Lösung in dem einen Jahr 1964 zu erreichen.“

Ähnlich wie der Schweizer Publizist Dr. *Hohler* sieht *Günter Pehl* im Leitartikel von *Wirtschaft, und Wissen* (Februar 1964) die Probleme. „Nicht so ängstlich in der Deutschlandpolitik“, lautet der Titel seiner Betrachtungen, aus denen wir hier wenigstens einige Absätze zitieren wollen:

„Die Passierscheinaktion wurde zu einer Quelle der Kraft und der Hoffnung für die

Mitbürger im Sowjetsektor, wie der Berliner Senat feststellte. Aber auch Millionen Menschen in der Zone und in der Bundesrepublik haben neue Hoffnung geschöpft. Sie hoffen darauf, daß die Berliner Passierscheinregelung kein einmaliger Vorgang bleibt, sondern daß sie zu einer dauerhaften, auf alle Berliner ausgedehnten Einrichtung wird. Vielleicht sind dann auch Erleichterungen für unsere Landsleute in der Zone möglich, z. B. Besuchsreisen in die Bundesrepublik für alte Menschen und bestimmte andere Gruppen.

Wir erheben mit Recht den Anspruch, für unsere Landsleute zu sprechen. Aber Reden genügen nicht. Wir sind zum Handeln verpflichtet, wenn es darum geht, ihr Leben wenigstens etwas zu erleichtern. Deshalb muß von unserer Seite alles Mögliche und Verantwortbare getan werden, um die Kontaktgespräche über die Passierscheinregelung zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Der auf Initiative des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, *Willy Brandt*, eingeschlagene Weg muß weitergegangen werden. Und diejenigen, die die Verantwortung für diese Gespräche tragen, verdienen unsere volle Unterstützung. Sie haben sie nötig. Denn leider gibt es keineswegs unmaßgebliche Politiker in der CDU/CSU und einige namhafte Journalisten, die es lieber gesehen hätten, wenn die Passierscheinvereinbarung nicht getroffen worden wäre ...

Die Frage, wann die Zonenregierung ‚faktisch‘ anerkannt wird, ist seit Jahren schon Gegenstand einer unfruchtbareren und überflüssigen Diskussion. Da niemand eigentlich genau sagen kann, wo die ‚faktische‘ Anerkennung beginnt, läßt sich um so trefflicher darüber streiten. Bezeichnenderweise gibt es z. B. nach der angelsächsischen Rechtsauffassung gar nicht den Begriff der ‚faktischen‘ Anerkennung. Nur wenn der Wille zur Anerkennung ausdrücklich erklärt wird, ist nach dieser Auffassung jemand anerkannt.

Das ist eine nüchterne und realistische Vorstellung. Bei uns Deutschen ist das viel schwieriger. Die Masche von der ‚faktischen‘ Anerkennung wird so fein gestrickt, bis sie uns schließlich jede politische Bewegungsfreiheit nimmt. Das aber ist die wirkliche Gefahr, denn unsere Deutschlandpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie beweglich und dynamisch ist. Jede Dogmatik entfernt uns mehr von dem Ziel der Wiedervereinigung, wie uns nicht zuletzt die bittere Erfahrung seit mehr als einem Jahrzehnt lehrt..

Wer sich seiner eigenen Stärke bewußt ist, der wird nicht angstvoll jeder Verhandlung über Erleichterungen für unsere Landsleute in der Zone aus dem Wege gehen. Er wird selbst die Initiative in der Deutschland-Frage ergreifen, ohne auf den Leim der sowjetischen Drei-Staaten-Theorie zu gehen.“

Panama — ein Hexenkessel ungelöster Konflikte

In der *National-Zeitung Basel* (Nr. 23, 15. 1. 1964) hat Prof. Dr. Dr. h. c. *Richard F. Behrendt*, Direktor des Instituts für Soziologie und sozio-ökonomische Entwicklungsfragen der Universität Bern, der seit einer Reihe von Jahren zum Mitarbeiterkreis unserer Zeitschrift gehört, eine umfassende Untersuchung unter dem Titel „Panama: Technischer Triumph und menschliches Versagen“ veröffentlicht. Aus Raumgründen müssen wir uns darauf beschränken, aus dieser Darstellung eines hervorragenden Kenners der Situation Zentral- und Südamerikas den Schlußabschnitt wiederzugeben, den Behrendt »Die Lehre“ überschrieben hat:

„Natürlich versuchen auch jetzt die ewig Denkschwachen, die Immobilisten um jeden Preis, die Agitation der Kommunisten als Alibi für ihr eigenes Versagen zu benutzen und verwechseln damit wieder einmal Ursache und Wirkung. Die Konflikte, mit denen wir es hier zu tun haben, bestanden schon, bevor an Kommunismus zu denken war. Sie entspringen aus krassen Unterschieden der materiellen Entwicklung und der Kultur und sind durch Verständnislosigkeit und Drang nach Erhaltung von Monopolstellungen intensiviert worden. Allzu lange hat man sich in der ‚westlichen Welt‘ geweigert, zu verstehen, daß die einstmalig so wirksamen Methoden der ‚Dollar-Diplomatie‘ und des ‚großen Stocks‘ nicht nur anachronistisch, sondern lebensgefährlich geworden sind. Das hat den Kommunisten ihre Chance in Kuba, in Panama und anderswo in Lateinamerika geboten.

Für die USA und mit ihnen für alle nicht-kommunistischen Völker bedeutet Panama einen Fehlschlag, der nahezu so katastrophal ist wie Kuba: Nachdem dieses kleine Gebiet — ähnlich wie Kuba — 60 Jahre lang ein Pveservat nordamerikanischen Einflusses gewesen ist, nachdem es Hunderte von Millionen Dollar öffentlicher Gelder und privater Investitionen empfangen hat, zeigt sich jetzt vor aller Welt, wie unfruchtbar all das im wesentlichen gewesen ist: in der Gestaltung fruchtbarer zwischenmenschlicher Beziehungen und einer stabilen Wirtschafts- und Staatsordnung, die den berechtigten Erwartungen der bisher allzu schlecht weggekommenen Massen zu entsprechen vermag.

Angesichts der ungeheuren Überlegenheit der USA gegenüber ihren ‚Partnern‘ muß man diese Fehlschläge in erster Linie ihrem Unverständnis dafür zuschreiben, daß die von ihnen selbst in diese Länder getragenen technischen und wirtschaftlichen Neuerungen revolutionäre gesellschaftliche, und politische Auswirkungen gezeitigt haben, sowie ihrem Unvermögen, sich diesen veränderten Lagen

rechtzeitig und konstruktiv anzupassen. Das ‚Bündnis für den Fortschritt‘ war ein sehr später — und bisher größtenteils in Vorbereitungen steckengebliebener — Versuch, dieses Versäumnis nachzuholen. Man muß hoffen, daß er nicht zu spät gekommen ist.

Welche versäumten Gelegenheiten: In Panama, an dieser lebenswichtigen internationalen Verkehrsader im Zentrum des amerikanischen Kontinents, hätte sich eine zweisprachige Kultur herausbilden können, als Zeugnis gelebter — und nicht bloß proklamierter — guter Nachbarschaft zwischen Anglo- und Lateinamerikanern, als Modell-Werkstatt gemeinsamer Entwicklungsförderung. Statt dessen entstand ein Hexenkessel ungelöster Konflikte. Hier wie anderswo verhindert Abkapselung in atavistische Vorstellungen und Verhaltensweisen die Auswertung der einmaligen Möglichkeiten, die die neue Welt *allen* bietet. Die Folgerung ist klar: Wenn wir überleben wollen, müssen wir seelisch, geistig und gesellschaftlich mindestens ebenso elastisch und lernfähig werden, wie wir es seit langem naturwissenschaftlich, technisch und wirtschaftlich sind.

Diese große Lehre können wir aus dem Fall des kleinen Panama ziehen. Es ist höchste Zeit dafür!“

Die Wahrheit über Lambarene

Gegen *Albert Schweitzer* und sein Werk in Lambarene wird seit einigen Jahren ein systematischer Verleumdungsfeldzug geführt. Jetzt war *Roman Brodmann*, einer der kritischsten und eigenwilligsten unter den heutigen Schweizer Journalisten, in Lambarene. In der *Zürcher Woche* (Nr. 2, 10. 1. 1964) hat er über seine Eindrücke einen ungewöhnlich interessanten Bericht veröffentlicht, an dessen Schluß er sich fragt, welche Wurzeln dieser Diskriminierungsfeldzug gegen Albert Schweitzer habe und ob er etwa berechtigt sei. Angesichts der Bedeutung Albert Schweitzers und der grundsätzlichen Bedeutung der aufgeworfenen Fragen lohnt es sich, diese Abschnitte aus Brodmanns Darstellung hier wiederzugeben:

„Will man den unbequemen Freigeist treffen, indem man den ‚rückständigen Mediziner‘ kritisiert? Will man sein Manifest gegen die Atomrüstung entwerten, indem man den Verfasser als starrsinnigen und weltfremden Greis apostrophiert, der gerade noch für die erste Jahrhunderthälfte beispielgebend wirken konnte? Ist er das Opfer geltungsbedürftiger und oberflächlicher Journalisten, die herausgefunden haben, daß man sich in Lambarene ein rotes Röckchen der Zivilcourage holen kann, ohne Konsequenzen zu riskieren? Einiges davon mag zusammenspielen, nicht

zuletzt die Propaganda der Progressisten, in deren großsprecherisches Bild der Entwicklungshilfe Schweitzers Urwaldhütten nicht mehr passen.

Ich bin mit einem *Katalog notorischer Behauptungen* nach Lambarene gekommen. Hier ist er:

1. Albert Schweitzer sträubt sich gegen jeden medizinischen Fortschritt und besteht darauf, seine schwarzen Patienten mit völlig veralteten Methoden zu behandeln. *Die Wahrheit:* Das Urwaldspital ist ausgerüstet und arbeitet mit allen modernen Hilfsmitteln der Medizin und Pharmakologie.

2. Albert Schweitzer, der ein Feind der Motoren und der Technik ist, widersetzt sich hartnäckig allen elektrischen Einrichtungen, die dringend nötig wären. *Die Wahrheit:* Zwei Dieselgeneratoren versorgen die Behandlungsräume des Spitals mit elektrischem Strom verschiedener Spannungen, nämlich den Operationssaal und seine Nebenräume, die Apotheke, das Labor, die Konsultationsräume, das Röntgenzimmer und den Raum für Zahnbehandlung.

3. Albert Schweitzer gefährdet mit unsachgemäßen Eingriffen das Leben seiner Patienten. *Die Wahrheit:* Schweitzer selbst ist seit vielen Jahren als Mediziner nicht mehr aktiv. Vier tüchtige Ärzte erzielen bei jährlich über sechstausend Patienten ausgezeichnete Heilerfolge, die sogar über dem europäischen Durchschnitt liegen. Das Instrumentarium des Operationssaals und viele andere Einrichtungen gehen über den Anspruch eines schweizerischen Bezirksspitals hinaus.

4. Albert Schweitzer läßt seine schwarzen Patienten nach wie vor in armseligen Hütten ohne Toiletten, ohne fließendes Wasser, ohne elektrisches Licht liegen, während in Lambarene selbst ein hochmodernes Regierungskrankenhaus mit zeitgemäßem Komfort funktioniert. *Die Wahrheit:* Schweitzers Patienten liegen tatsächlich in Hütten und Baracken, wie vor zwanzig oder dreißig Jahren, nämlich genauso, wie sie es heute noch zu Hause auf ihren Dörfern gewohnt sind. Ihr Spitalaufenthalt entspricht ihren Lebensgewohnheiten und ihrem Lebensstandard. Ihr dörfliches Leben setzt sich im Urwaldspital fort, denn die Kranken bringen gesunde Angehörige mit, die werdenden Mütter ihre bereits vorhandenen Kinder. Albert Schweitzer und seine Ärzte denken nicht daran, allein der modischen Entwicklungshilfe-Optik wegen einen sinnlosen Komfort europäischen Musters hochzustapeln.

Wie recht sie damit haben, zeigt sich gerade im vielzitierten Regierungshospital in Lambarene. Ich fand dort einen jungen französischen Arzt, der für den Betrieb des Hau-

ses allein verantwortlich ist. Er führte mich in dem schmutzigen Steinbau (*Time-Magazin*: „*A modern antiseptic hospital*) herum, zuckte resignierend die Achseln und sagte: ‚Was soll ich machen? Ich bin keine Putzfrau, sondern Arzt.‘ Da stehen Eisenbetten. Die Matratzen sehen aus wie Vagabundenlager und sind ein Dorado für Krankheitserreger. Der Operationssaal ist mangelhaft eingerichtet, aber das tut nicht viel zur Sache, denn es fehlt ohnehin ein zweiter Arzt, der bei einer einigermaßen anspruchsvollen Operation assistieren könnte. Kompliziertere Fälle schickt der Doc-teur über den Fluß: zu Albert Schweitzer. Die Betten im Regierungskrankenhaus sind knapp zur Hälfte belegt; Schweitzers Spital ist überfüllt und wird ständig erweitert.

Das ist die Wahrheit über Lambarene. Was sonst darüber verbreitet wurde, ist Liederlichkeit oder Niedertracht. Es bleibt dem Urteil jedes einzelnen überlassen, welche der beiden Möglichkeiten die gravierendere ist.“

Bewegung an der Lohnfront

Mit dieser Überschrift veröffentlicht die *Süddeutsche Zeitung* (Nr. 10. 11./12. 1. 1964) einen Kommentar, in dem es heißt:

„Man macht es sich zu einfach, wenn man von den Gewerkschaften immer wieder Rücksicht auf das sogenannte allgemeine Wohl verlangt, sich selbst aber wenig an diese Maßstäbe hält. Die Gewerkschaften haben im vergangenen Jahr eine bemerkenswerte Einsicht in volkswirtschaftliche Zusammenhänge bewiesen. Sie sind jedenfalls für die Preissteigerungen nicht verantwortlich. Aber auch die Klagen der Gewerkschaften richteten sich an die falsche Adresse, wenn sie die Unternehmer für den Kaufkraftverfall verantwortlich machten. Der Hauptschuldige für den kräftigen Preisanstieg ist vielmehr *der Staat*, der sich um die Maßhalteparolen wenig kümmerte.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende *Beer-mann* dürfte bei den meisten Konjunkturforschern mit seinem Hinweis auf Verständnis stoßen, daß die Preise in diesem Jahr wesentlich stärker nach oben gehen, als es der neue Wirtschaftsbericht der Bundesregierung ankündigt. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß sich die Lebenshaltung 1964 nur um 1,5 vH verteuert. Der CSU-Vorsitzende *Strauß* hat in seiner wirtschaftspolitischen Jungferrede im Bundestag zwar behauptet, die Mäßigung in der Lohnpolitik im letzten Jahr habe sich für alle gelohnt. In Wirklichkeit ging sie *auf Kosten der Arbeitnehmer*. Man wird deshalb Verständnis dafür aufbringen müssen, daß die Gewerkschaften im neuen Jahr, das ohnehin unter günstigeren Konjunkturaussichten steht, nicht wieder auf dem Pfad der Tugend vorgehen wollen.“

Hinweise

Etwa zweimonatlich erscheint im Westdeutschen Verlag (Köln) die Zeitschrift *Offene Welt*, die jedes ihrer Hefte unter ein bestimmtes Geleitwort stellt. Nr. 82 hat das Motto „Ein neuer politischer Stil“; in diesem weiten Rahmen werden sowohl Grundsatzfragen wie Probleme der politischen Bildung und Fragen der Gesellschaftspolitik und der Entwicklungspolitik behandelt. Über politische Bildung schreiben der Berliner Bürgermeister *Heinrich Albertz* und die Professoren *Felix Messerschmid* und *Waldemar Besson*. Schwächen unserer freien industriellen Gesellschaft behandelt *Kurt A. Körber*, wobei er besonders die „unzulänglichen Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben“, die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, die „kümmerliche Anpassungspolitik“ und „neue Formen sozialökonomischer Konfliktüberwindung“ aus der Sicht eines fortschrittlich eingestellten Unternehmers behandelt. Einen Beitrag zur Theorie und Praxis der Mitbestimmung liefert Dr. *Hans-Jürgen Teuteberg* (Universität Hamburg). Zur Entwicklungspolitik kommt ein wichtiger Aufsatz aus Israel, von Dr. *Ludwig Y. Oppenheimer*, unter dem Motto „Dynamik von unten — ein kritischer Aspekt der Entwicklungshilfe“, während ein junger griechischer Diplom-Volkswirt, *Panagiotis Papados*, der zur Zeit mit Forschungsaufträgen in Hamburg beschäftigt ist, unter dem Stichwort „praktizierte Weltoffenheit“ eine Untersuchung über die Lage der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik beisteuert.

Wohnungs- und Städtebau im Nahen Osten behandelt Dr. *Wolf Donner* in einem Länderbericht über Syrien; der ungewöhnlich interessante, mit Fotos, Plänen und Tabellen hervorragend illustrierte Aufsatz ist in Heft 1/1964 der Monatshefte für neuzeitlichen Wohnungsbau *Neue Heimat* erschienen, das außerdem aus der Bundesrepublik Beiträge über die Stadt Augsburg und über eine neue Siedlung bei Kiel sowie eine Darstellung der Änderungen des bisher geltenden Beihilferechts (Wohnbeihilfen) und weitere Informationen enthält.

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) gibt ihr *ÖTV-Magazin* im neuen Jahr in einer noch wesentlich verbesserten Aufmachung heraus. Die in fast einer Million Exemplaren erscheinende reich illustrierte Zeitschrift mit einem monatlichen Umfang von 60 Seiten vernachlässigt über ihrer Hinwendung zur modernen Gestaltung mit vielen Fotos und Zeichnungen doch nicht ihre Informationspflichten und ihre gewerkschaftspolitischen Aufgaben, zu denen vor allem der Vorsitzende der ÖTV, *Adolph Kummernuss*, in jeder Ausgabe in einem lezenswerten Leitartikel Stellung nimmt. *W. F.*